



Prof. Dr. Andrej M. Kielbassa

## *Hinter den Linden steckt die neue Ehrlichkeit?*

Die Berliner Gesundheitspolitik arbeitet an Reformen, hört man allenthalben. Endlich? Nein, immer noch.

Mit Hingabe wird nach wie vor über Prämien diskutiert; gemeint sind jedoch nach wie vor die Kopfpauschalen. Kürzlich wurden nun auch Zahlen bekannt, und unvermutet wurden wir damit konfrontiert, welchen Wert unsere Gesundheit hat. Im Schnitt soll die Absicherung gegen Krankheit bei den gesetzlichen Kassen Monat für Monat rund 180 Euro für jeden Erwachsenen kosten, wobei die Hälfte für jedes Kind kalkuliert wird. Und? Sie sind erschrocken? Oder ist Ihr monatlicher Beitrag zurzeit so viel höher, dass Sie künftig sogar mit einer deutlichen Reduzierung rechnen können?

Die neue Ehrlichkeit hat unangenehme Folgen, denn offenbar wollen nur die wenigsten genau wissen, welche Summen in der gesetzlichen Krankenversicherung umverteilt werden. Mit annähernd 30 % der angeblich rund 140 Milliarden Euro, die augenblicklich über einkommensabhängige Beiträge eingesammelt werden, werden die Unterschiede zwischen höheren und niedrigeren Einkommen ausgeglichen und die Finanzierung nicht-berufstätiger Ehepartner und Kinder sichergestellt.

Der Sozialausgleich ist unbestritten eine unserer großen Errungenschaften. Mit dem vorgestellten Modell wird der Ausgleich nicht mehr allein denen aufgebürdet, die durch politische Willkür in die gesetzlichen Kassen gezwungen sind; vielmehr trifft der Ausgleich damit alle Steuerzahler, und das dürfte solidarischer und gerechter sein als das derzeitige Verfahren, auch wenn sich dies noch nicht herumgesprochen hat. Prämie und Steuerzuschuss zusammen ergeben nämlich die Summe, die bisher allein aus den lohnbezogenen Beiträgen gesetzlich Versicherter aufgebracht wird.

Eine Überforderungsklausel wird die Schlechterstellung bei geringem Einkommen verhindern und der Staat übernimmt den Kinderbeitrag. Um dies gegenzufinanzieren, ist jedoch (Achtung!) eine Steuererhöhung bereits absehbar. Und damit wird der erhoffte beschäftigungspoli-

tische Nutzen der Prämie wieder konterkariert. Und die altersbedingte Rückstellungsvorsorge – letztens schon einmal bei der Rentendiskussion vergessen – kommt sicher demnächst noch hinzu.

Vorteilhaft scheint bei diesem System, dass auch die Ausgaben der Kassen einer Kontrolle unterliegen werden. So verspricht die Prämie bereits heute ihren spröden Charme, denn mit der Prämie scheint Wahlfreiheit erreichbar und eben nicht nur Rationierung. Man wird in Zukunft sehen, welche Vorschläge umgesetzt, verworfen, wieder ausgegraben oder modifiziert werden.

Hinsichtlich des Zahnersatzes haben wir nach einem Jahr Diskussion nun auch Klarheit – zumindest vorläufig. Der Zahnersatz bleibt eine Kassenleistung. Ab 1. Juli 2005 müssen Versicherte aber zusätzlich 0,4 Prozent ihres Bruttogehaltes für Zahnersatz zahlen. Der Arbeitgeberbeitrag verringert sich entsprechend. Im Gegenzug sollen die Krankenkassenbeiträge um 0,9 Prozent sinken, was dazu führen dürfte, dass die Kassen ihren Schuldenstand (den sie im Übrigen per Gesetz gar nicht haben dürfen) nicht abbauen können. Auch hier scheint trotz aller ehrlich gemeinten Bekenntnisse das letzte Wort nicht gesprochen. Es bleibt also spannend.

Konzentrieren wir uns daher auf den nicht nur bei flüchtiger Betrachtung günstigsten Ausweg aus dieser Diskussion, die Erhaltung der (oralen) Gesundheit. Die vor Ihnen liegende Ausgabe des Dentalhygiene Journals beschäftigt sich unter anderem mit elektrischen Zahnbürsten, deren Effektivität im Vergleich zu manuellen Zahnbürsten in den vergangenen Jahren mehrfach beschrieben wurde. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Herzlichst,

Prof. Dr. Andrej M. Kielbassa